

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Dienstag, 9. Januar 1990

Nr.5 (6 133)

Preis 3 Kopeken

## Bericht N.A. NASARBAJEWS auf dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

Genossen!  
Ich glaube, nicht fehlzugehen, wenn ich den nicht alltäglichen Charakter unseres heutigen Plenums hervorhebe. Zum erstenmal in ihrer Geschichte realisiert die Parteiorganisation Kasachstans gemäß der neuen Wahlgesetzgebung das ihr zustehende Recht der Nominierung und unmittelbaren Wahl der Volksdeputierten zum höchsten Staatsmachtorgan der Republik.

Somit sind die Hauptfragen, deren Erörterung uns bevorsteht, unmittelbar mit der Entwicklung der Demokratie und Offenheit, mit dem Wachstum des Selbstbewusstseins und der Initiative der Massen, mit der Verwirklichung der neuen Etappe der politischen Reform verbunden. Sie widerspiegeln exakt jene positiven Umgestaltungsprozesse, die den die Republik und das Land leben, und die sowohl für die Kommunistische Partei Kasachstans als auch für alle gesellschaftlichen Strukturen, für jeden Wähler von gewaltiger Bedeutung sind.

Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß die gegenwärtige politische Situation in mancher Hinsicht durch die im Dezember vorigen Jahres abgehaltenen Plenartagungen des ZK der KPdSU und durch den zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR bestimmt wird. Die wichtigste Schlussfolgerung, die aus den in diesem Zusammenhang gefaßten, recht komplizierten Beschlüssen gezogen werden kann, besteht in der dringenden Notwendigkeit, alle gesunden gesellschaftlichen Kräfte auf der Plattform der Umgestaltung zu vereinen. Die Lösung der sich angehäuften ökonomischen, politischen, sozialen und zwischenationalen Probleme ist nur auf dem von der Partei eingeleiteten Weg der sozialistischen Erneuerung und nur unter der Bedingung der unerschütterlichen Treue den Idealen des Großen Oktober möglich.

Wir sind an einem schwierigen und verantwortungsvollen Markstein angelangt. Gerade das bestimmt, wie es auf dem außerordentlichen Plenarplenum hervorgehoben wurde, die äußerst verantwortungsvolle Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Jeder nüchtern denkende Mensch sollte einsehen, daß nur die Partei gegenwärtig die konsolidierende Hauptkraft werden kann, die imstande ist, alle Gesellschaftsschichten, die eine politische, sozialökonomische und geistige Erneuerung anstreben, zu vereinen.

Wollen wir mal offen klären, was hinter den gegenwärtig laut werdenden Forderungen steht, die gesellschaftliche Rolle unserer Partei zu revidieren? Welche Ziele werden hier verfolgt und wem nutzen sie?

Auf den ersten Blick handelt es sich anscheinend um eine Auseinandersetzung von Funktionen. Sofort entsteht die Frage: Welcher? Wenn derjenige zwischen den Partei- und Staatsorganen, so tritt die Partei gerade dafür ein, daß die Machtvollkommenheit der Sowjets allerorts gestiftet wird. Wenn derjenige zwischen den Partei- und Wirtschaftsorganen — so gibt es abermals keine Widersprüche, weil die Partei strikt Kurs auf politische Leitungsmethoden genommen hat und auf die Lösung ihrer wesensfremder Wirtschaftsaufgaben verzichtet. Was bleibt denn? Welche Funktionen wollten der Partei noch diejenigen nehmen, die sich heute vor keinerlei, auch noch so provokatorischen Mitteln zu ihrer Anschwärzung scheuen?

Die Antwort liegt auf der Hand. So manche möchten die KPdSU ihrer Rolle als politische Avantgarde der sowjetischen Gesellschaft berauben und das politische Grundwesen der Parteilichkeit auslaugen, ohne die die KPdSU als solche zu existieren aufhört.

Überhaupt muß ich sagen, daß die gesunde parteiliche Prinzipientreue und der Mut, begangene Fehler zu bekennen, bei manchen Kommunisten sich unmerklich in eine Art krankhafter Schuldcomplex bittere Reue zu transformieren beginnt, das jegliche Errungenschaften des Sozialismus vollständig negiert. Es entsteht der Eindruck, daß gewisse Kräfte in der Selbstanschuldigung, im Bestreben, die Partei möglichst mehr zu zertreten und sie moralisch zu zertreten, gewisse Befriedigung finden. Solche Menschen verschonen, wie es im Volksmund heißt, um der schönen Worte willen auch den eigenen Vater nicht!

Es ist begrüßenswert, wenn die Kommunisten kühn die schwierige konsolidierende Mission auf ihre Schultern nehmen, die Bemühungen der Gesellschaft in den Hauptrichtungen der Umgestaltung zu vereinen, darunter auch im Bestand informeller Organisationen. Wie sind aber die Handlungen der Parteimitglieder zu qualifizieren, die den Anschwärzern der Partei beipflichten und die öffentliche Meinung gegen sie stimmen?

Es ist Zeit, zwischen Meinungspluralismus und Prinzipienlosigkeit eine exakte Grenze zu ziehen. In der Situation, in der die trübe Welle der Angriffe auf die Partei anschwillt, bei der die politische und sozialökonomische Situation sich zuspitzt und ihren Höhepunkt erreicht, haben die Kommunisten nicht das Recht zu schweigen und keine Abfuhr der sozialen Demagogie und dem politischen Extremismus zu erteilen. Es ist Zeit, zwischen Meinungspluralismus und Prinzipienlosigkeit eine exakte Grenze zu ziehen. In der Situation, in der die trübe Welle der Angriffe auf die Partei anschwillt, bei der die politische und sozialökonomische Situation sich zuspitzt und ihren Höhepunkt erreicht, haben die Kommunisten nicht das Recht zu schweigen und keine Abfuhr der sozialen Demagogie und dem politischen Extremismus zu erteilen.

Es gilt, beliebigen Versuchen der Untergrabung der Einheit der KPdSU und ihrer Zergliederung nach nationalem Merkmal aktiv Widerstand zu leisten. Ich bin überzeugt, daß die Plenumsmitglieder mich darin unterstützen. Wir treten für die Selbständigkeit der Kommunistischen Partei Kasachstans bei der Lösung zahlreicher ihrer Fragen, darunter auch kadermäßiger ein, jedoch im Rahmen einer einheitlichen KPdSU.

Die Jahrzehnte unserer gemeinsamen Entwicklung haben bewiesen, daß der gemeinsame Weg leichter und zuverlässiger ist. Gewiß, der zurückgelegte Weg war nicht eben, es hat da Schlaglöcher und Klütze gegeben, aber zweifellos auch Errungenschaften! Wie darf man denn das alles vergessen? Wie darf das gemeinsam erlittene Schicksal durchkreuzt werden?

Daher ist es bitter, zu wissen, daß unter manchen Kommunisten separatistische Stimmungen und das Bestreben, aus der KPdSU auszutreten, aufkommen. Außerdem droht der äußerst radikale Schritt einer beliebigen kommunistischen Partei zur vollen Unabhängigkeit von der KPdSU mit ersten Verlusten für die Umgestaltung, für die Sache der weltweiten Vervollkommnung der zwischenationalen Beziehungen. In diesen Bereichen ist die Krise noch nicht vorbei. Solche separa-

tistischen Handlungen vernichten buchstäblich mit der Wurzel die ersten Umgestaltungskeime, auf die die Augen aller Völker unserer Union hoffnungsvoll gerichtet sind, sie säen Mißtrauen gegenüber dem neuen politischen Kurs der Partei.

Zugleich steht es außer Zweifel, daß die politische Situation in der Gesellschaft entschieden die Notwendigkeit diktiert, das Tempo der Umgestaltung und Demokratisierung des innerparteilichen Lebens wesentlich zu beschleunigen, die Barrieren der Trägheit, des Konservatismus und der Rückfälle ins Administrieren zu überwinden. Einer dringenden Erneuerung bedarf die Praxis des Zusammenwirkens der Parteikomitees mit den Staats-, Gewerkschafts- und Kommunistenorganisationen sowie mit anderen Massenorganisationen und -vereinigungen.

Die Lösung einer so wichtigen und verantwortungsvollen Aufgabe fordert eine Rekonstruktion des Systems der Volksmacht selbst auf allen ihren Ebenen. Die seit dem ersten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR zurückgelegte Strecke analysierend, erkennt jeder von uns, wie weit wir in dieser Richtung vorangekommen sind. Es darf kühn behauptet werden, daß die erste Etappe der politischen Reform vollendet ist: Die neuen höchsten Staatsmachtorgane des Landes sind gebildet worden.

Der zweite Kongreß der Volksdeputierten ist zu einem weiteren Schritt auf dem Wege der Überführung der politischen und der Wirtschaftsreform aus dem Bereich der Ideen in die Bahn praktischen Taten geworden. Die von ihm angenommenen Dokumente sind für jede Unionsrepublik und für jede Region von außerordentlicher Bedeutung. Das trifft vor allem auf die Maßnahmen zu, die zur Sanierung der Ökonomie und zur Verstärkung des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität beschlossen sind, auf die Änderungen und Ergänzungen der Verfassung der UdSSR in Fragen des Wahlrechts, auf das Gesetz über den Verfassungsschutz der UdSSR, auf die Gesetzgebungsakten, die die Geschäftsordnung des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets sowie den Status der Volksdeputierten der UdSSR bestimmen.

Wie Sie sehen, zeugt sogar das einfache Aufzählen der behandelten Fragen von dem Maßstab und der Aktualität der dem Kongreß zur Erörterung vorgelegten Probleme. Natürlich wird die Zeit alles auf seinen Platz rücken und die neuen Grenzen der gesammelten Erfahrungen exakter ausleuchten. Zweifellos ist aber eins: Der Kongreß der Volksdeputierten hat einen mächtigen Anstoß sowohl zur Arbeit des Denkens als auch zum konkreten Handeln gegeben. In dieser Hinsicht kann ich nicht den Standpunkt der Kasachstaner Deputierten mit Schmelgen übergehen, verbunden mit dem innigsten Wunsch, schon in der nächsten Zeit Umschwung im Bereich der Wirtschaft und bei der Hebung des Lebensniveaus des Volkes zu erreichen.

Sein Hauptstirn besteht darin, daß die Hebung der Effektivität der Produktion und des Wohlstandes des Volkes unserer Meinung nach untrennbar mit der Verstärkung der Selbständigkeit der Republik und mit den Prozessen der Dezentralisierung zugunsten der Territorien verbunden ist. Gerade diese Grundfragen warfen wir beharrlich von der

Tribüne des Kongresses auf. Und unsere überzeugten Worte wurden gehört und unterstützt. Das konkrete Ergebnis war dann der Beschluß der Volksdeputierten über die Annahme eines Pakets von Gesetzen im ersten Quartal dieses Jahres, die das Recht der Republiken wie auch der Betriebe und Vereinigungen auf selbständiges Wirtschaften, auf die Verfügung über die eigenen Ressourcen und Bodenschätze gewährleisten. Für Kasachstan — eine der größten Rohstoffregionen des Landes — ist es eine äußerst wichtige Frage.

Heute sind das politische Selbstbewußtsein des Volkes unserer multinationalen Republik und sein Gefühl der eigenen Würde unermäßig gewachsen. Die Leitung der Wirtschaft in eigene Hände nehmen, bekommt es die Möglichkeit, selbständig, ohne Anweisung von „oben“ und effektiv über die Republikwirtschaft zu verfügen, gegenseitig vorteilhafte Kontakte mit ausländischen Firmen herzustellen, die Sache erfolgreich sowohl zum eigenen Wohl als auch zum Nutzen für die ganze sozialistische Föderation zu führen.

Von dem gewachsenen Niveau des politischen Denkens der Kasachstaner zeugen auch die Ergebnisse der Wahlen der Deputierten der örtlichen Sowjets, die am 24. Dezember des vorigen Jahres stattfanden. Man kann behaupten, daß sie breitere Wege für die Umgestaltung des Mechanismus der Macht, der Leitung und der Kontrolle in der Republik eröffnet haben, zu einem Meilenstein in der Demokratisierung des Lebens geworden sind und in Kasachstan eine neue politische Situation geschaffen haben.

Man muß es als positiv vermerken, daß die Parteikomitees, ihre während der Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR gesammelten Erfahrungen auswertend, eine Vorbereitungsarbeit schon lange vor Beginn der Wahlkampagne entfaltet haben; die Gebiets-, Stadt- und Rayonparteiorganisationen haben Wahlplattformen erarbeitet, in denen sie ihre Standpunkte zu den bevorstehenden Wahlen bestimmt und Prioritätsrichtungen der parteipolitischen Tätigkeit für diese Periode geplant haben.

Die Aufstellung der Deputiertenkandidaten für die örtlichen Sowjets ist im allgemeinen organisiert verlaufen. Da viele Parteikomitees auf die Dispositionen verzichtet hatten, bemühten sie sich, im voraus die wahren Führer in den Arbeits- und Studentenkollektiven sowie in den Wohnorten der Bürger herauszufinden, die die Fragen in den örtlichen Machtorganen sachkundig zu lösen vermögen. Ausgehend davon, führten sie auch die Wahlvorbereitung durch.

In der ersten Etappe der Wahlkampagne wurden in der Republik über 136 000 Kandidaturen erörtert und fast 100 000 Deputiertenkandidaten registriert worden.

Die Ergebnisse der Wahlen sind in der Presse veröffentlicht, sie werden weitgehend durch die Massenmedien kommentiert. Ich möchte Sie nur an einige Daten erinnern, um so mehr, als sie viel Stoff für Analyse und Nachdenken bieten.

Bekanntlich wurden in der Republik 9,7 Millionen Wähler in die Listen eingetragen. An der Abstimmung beteiligten sich 87 Prozent. Das ist eine ziemlich

(Schluß S. 2)

An die Ständige Kommission für Nationalitätenpolitik

des Obersten Sowjets der UdSSR

An die staatliche Kommission für die Wiederherstellung

der Rechte der Sowjetdeutschen

## Appell

des multinationalen Meetings in Alma-Ata vom 7. Januar 1990

Wir Teilnehmer des multinationalen Meetings, veranstaltet vom Deutschen Kulturzentrum „Wiedergeburt“ in Alma-Ata, haben mit Genugtuung die Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR aufgenommen, die die Repressalien gegen die gewaltsam umgesiedelten Völker für ungesetzlich und verbrecherisch und die Gewährleistung ihrer Rechte erklärt.

Lange, nahezu ein halbes Jahrhundert, haben wir, die aus unseren Heimatorten gewaltsam ausgesiedelten Völker, auf dieses Dokument gewartet, das vor der ganzen Welt die barbarische Aktion des Stalinsystems entlarvt, die Umsiedlung sämtlicher Völker entschieden als das schwerste Verbrechen verurteilt und von nun an die Menschenrechte und Humanitätsnormen auf staatlicher Ebene garantiert.

Wir glauben, daß Ähnliches in unserem Land sich nie wiederholen wird.

Wir sehen auch ein, daß die gerechten Worte der Deklaration durch konkrete praktische Taten zur Wiederherstellung und Gewährleistung aller Rechte der umgesiedelten Völker untermauert und realisiert werden müssen. Das bedeutet, daß unverzüglich wirksame Gesetzgebungsmaßnahmen zur strikten Lösung des Problems der gesetzwidrig um-

gesiedelten sowjetischen Völker zu ergreifen sind.

Das bedeutet, daß alle verletzten Rechte der vertriebenen Völker unverzüglich wiederhergestellt werden müssen. In bezug auf die Sowjetdeutschen bedeutet dies, daß es gilt, ihre am 28. August 1941 widerrechtlich liquidierte Staatlichkeit an der Wolga dringend wiederherzustellen und sich bei dieser historisch wichtigen Frage nicht von denjenigen gängeln zu lassen, die in Worten die Deklaration unterstützen und in der Tat unverhohlen für die Verewigung der stalinistischen Willkür einreten.

Wir sind beunruhigt dadurch, daß die Maßnahmen zur Wiederherstellung der verletzten Rechte der Sowjetdeutschen noch immer wenig konkret und wenig transparent sind.

Wir sind sehr beunruhigt durch, daß die Partei- und Staatsorgane in den Gebieten der ehemaligen ASSR der Wolgadeutschen schon mehrere Monate lang eine hysterische Kampagne gegen die Wiederherstellung der Autonomie der Sowjetdeutschen betreiben, Versammlungen gegen Deutsche und Meetings unter den Losungen „Nein der deutschen Autonomie!“, „Nein dem dritten Deutschland!“, „Aufhören mit dem Zerstückeln Rußlands!“ und „Hände weg vom Saratower Bo-

den“, veranstalten, nach Moskau Abordnungen mit ultimativen Forderungen delegieren, Feindschaft und Haß zwischen den Völkern säen.

Wir sind beunruhigt dadurch, daß diese zügellose Kampagne die Glasnost „Mäusespektakel“, die Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen „Erhöhung einer Nation“ und die sehr seltenen Veröffentlichungen über das tragische Schicksal unseres Volkes „Presseterror“ bezeichnet; dabei werden Androhungen einer physischen Abrechnung mit den Anhängern der Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit laut.

Wir fordern die Realisierung der humanistischen Thesen der Deklaration über die ausgesiedelten Völker!

Genug der endlosen Versprechungen!  
Wir fordern Sofortmaßnahmen zur Unterbindung der Kampagne gegen die Deutschen im Wolgabereich einzuleiten und ihr eine exakte politische Bewertung zu geben!

Wir fordern die unverzügliche Wiederherstellung unserer Rechte und unserer Staatlichkeit!

Wir fordern eine aktive Teilnahme der Vertreter unseres Volkes an der Lösung seines Schicksals!

Wir glauben an Umgestaltung! Wir glauben an Gerechtigkeit!

Vorgestern, am 7. Januar 1990 fand in Alma-Ata im Kulturpalast der Eisenbahner ein starkbesuchtes multinationales Meeting zur Unterstützung der Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR statt, in der die Repressalien gegen die gewaltsam umgesiedelten Völker für ungesetzlich und verbrecherisch erklärt wurden und ihnen die Gewährleistung ihrer Rechte versichert wurde. Als etne gute Einführung in das Thema kann man das Bühnenstück von Johann Kneib „Wir sind nicht Staub im Wind“ bezeichnen, das die Schauspieler des Deutschen Dramentheaters in russischer Sprache aufführten. Von der Bühne sprach die Geschichte der Deutschen in Rußland selbst. Als Anklage gegen die Willkür der Macht ertönten die vielen unmenschlichen Erlasse der Regierung, bildhaft illustriert durch knappe Episoden aus dem strapazierten Leben des leidgeprüften sowjetdeutschen Volkes. Die Handlung der Aufführung fing mit dem Erlaß der Katharina der II. über die Einladung der Ausländer nach Rußland an und endete mit einer Szene auf dem Scheremetjewo-Flughafen, wo die Schlange der auswandernden Deutschen immer zunimmt, mit der entscheidenden Frage: „Was weiter?“

Diese Frage zog sich dann gleich einem roten Faden durch alle Äußerungen der Teilnehmer der sich anschließend entfalteten Großkundgebung. Alle Redner unterstützten völlig die Deklaration des Obersten Sowjets und bewerteten dieses Dokument als ein äußerst wichtiges politisches Ereignis, auf das Millionen erleideten und aus ihren heimatlichen Wohnorten vertriebener Menschen so lange gewartet haben. Dabei wurde aber betont, daß auf dieses langersehnte Dokument unverzüglich konkrete Maßnahmen zur Wiederherstellung aller verletzten Rechte der vertriebenen Völker folgen müssen. Die Pressemitteilung über die Sitzung der Regierungskommission für die Fragen der Sowjetdeutschen und der Krim-Tataren und deren Entscheidung, die Rechte dieser Völker „etappenweise“ wiederherzustellen, wurde von den Versammelten einhellig als Verschleppungsmanöver bezeichnet. Nach einer solchen Deklaration müssen den darin erwähnten Völker alle Rechte ohne jegliche „etappenweise“ Verzögerung zurückerstattet werden. Denn solange man zögert, wird die Hetzkampagne gegen die entrechteten Völker weiter betrieben. Unter stillschweigendem Einverständnis, oft auch unter unmittelbarer Anleitung durch einige Parteifunktionäre des Gebiets Saratow, wird die Bevölkerung auf dem ehemaligen Territorium der ASSRdWD zu chauvinistischen Ausfällen gegen die Sowjetdeutschen inspiriert. Solche Aktionen wurden von den Kundgebungsteilnehmern entschieden verurteilt.

Zum Meeting in Alma-Ata hatten sich Menschen verschiedener Nationalitäten versammelt — Deutsche, Russen, Ukrainer, Tataren, Korsaner, Tschetschenen, Griechen u.a. Alle waren vollkommener Meinung darüber, daß die Deklaration ohne die unverzügliche Zurückerstattung den



## Damit verbinden wir unsere Zukunft

Sowjetdeutschen ihrer Staatlichkeit nur ein leerer Schall bleiben wird.

Die Veranstaltung im Kulturpalast der Eisenbahner wurde vom Deutschen Kulturzentrum und vom Vorstand der Kasachstaner Republikabteilung der Unionsgesellschaft „Wiedergeburt“ organisiert. Die Großkundgebung verlief in freundschaftlicher Atmosphäre und in bester Ordnung. Ähnliche Großkundgebungen fanden an diesem Tag in Omsk, Sempalatalinsk, Engels und anderen Städten statt. In Orenburg hat das Stadtvollzugskomitee die Durchführung des Meetings zur Unterstützung der Deklaration des Obersten Sowjets verboten.

Alexander DIETE, Korrespondent der „Freundschaft“  
Unsere Bilder: Während des Meetings (oben und unten): am Mikrophon Herold Belger, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Kulturzentrums „Wiedergeburt“ in Alma-Ata, Mitglied des Schriftstellerverbands der UdSSR. Fotos: Juri Weidmann



ГРЕБУЕМ ПОЛНОГО ВОССТАНОВЛЕНИЯ ПРАВ МАЛЫХ НАРОДОВ!



Die Erzeugnisse der Zelinograder Konfektionsfabrik „Manschuk Mamekowa“ — schicke Kinderkleider — sind von den Kunden in verschiedenen Orten der Republik gefragt. Unlängst erhielten die Konfektionsarbeiter ein neues Gebäude mit einer Entwurfskapazität der Erzeugnisfertigung im Werte von 6,4 Millionen Rubel. Hier sind Schnell- und hochleistungsfähige Näh-

schinen aus der BRD, Japan und Ungarn installiert worden. Im Bild: Natalia Nikolajewa und Galija Moldojerowa sind erst unlängst Berufsnäherinnen geworden. Nataliska kam in die Abteilung nach der 10. Klasse, und Galija wechselte den Beruf, nachdem sie zehn Jahre als Buchhalterin gearbeitet hatte. (KasTAG)

## Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Mit Hochdruck arbeiteten im vorigen Jahr die Tierzüchter des Sowchos „40 Jahre des Oktober“, Gebiet Koktschetaw. Sie haben 2 540 Tonnen Milch an den Staat geliefert. Das überbietet die Jahresplanaufgaben fast um 480 Tonnen. Sichere Futterbasis und gewissenhafte Arbeit gewährleisten den Erfolg der Tierzüchter.

Enge Zusammenarbeit herrscht zwischen den Agrarbetrieben des Rayons Irtyschsk und der Vereinigung „Selchoschimlja“. Das Kollektiv hat sein Jahresprogramm 1989 mit zwei Monaten Zeitvorsprung bewältigt und arbeitet auch in diesem Jahr erfolgreich. Der Betrieb hat sich für dieses Planjahr anspruchsvolle Ziele gesetzt, wobei er den Arbeitsumfang vom Vorjahr wesentlich überbietet will.

Mit Planplus erfüllt sein Arbeitsprogramm für fünf Jahre das Kollektiv des Kraftverkehrsbetriebs für Personenbeförderung von Dsheskasgan. Die Bestfahrer G. Muschtschinski, N. Tschertan, W. Scherschnew, A. Gornuk und die Schlosser I. Saktakbernow und F. Wollstein arbeiten schon für Februar 1990.

# Bericht N. A. NASARBAJEWS auf dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

(Schluß)

hohe Kennziffer, die die politische Aktivität der Bevölkerung widerspiegelt und die von dem lange nicht gleichgültigen Verhalten der meisten Bürger der Kasachischen SSR zu den vor sich gehenden Erneuerungsprozessen zeugt.

Dennoch soll diese objektive Schlussfolgerung uns nicht sorglos stimmen. Man muß bedenken, daß über 1,2 Millionen Wähler an der Wahlteilnahme nicht teilgenommen haben. Natürlich ist es einfacher zu sagen, daß dies das Recht der Bürger selbst ist. Schauen wir aber auf das Problem unter einem anderen Blickwinkel. Hinter jedem Fall des Lassagens von der Abstimmung steht ja ein konkreter Mensch. Es ist kein Geheimnis, daß stellenweise nicht rechtzeitig die sozialen Probleme gelöst wurden und stellenweise die Wähler keinen Wunsch hatten, ihr Verhalten zu bestimmten Kandidaten kundzutun. Es ist wohl auch der Unglaube an die Kraft der örtlichen Sowjets mit im Spiel.

Nehmen wir auch nur folgende Tatsache. In vielen Wahlkreisen gab es nur einen Deputiertenkandidaten. Das ist natürlich im Rahmen des Gesetzes, aber haben die Parteikomitees vor Ort wirklich alles getan, um das Prinzip der Alternative in der Praxis zu verwirklichen?

Muß man nicht hier die Ursache dafür suchen, daß im Verlaufe der Abstimmung drei Sekretäre des Gebietspartei-Komitees, 22 Erste Sekretäre der Rayonkomitees, der Stadtpartei-Komitees und Vorsitzende der Rayonstadtezekutive-Komitees und in den Stadt- und Rayonsowjets — sechs leitende Kader der entsprechenden Partei- und Staatsorgane nicht die nötige Unterstützung der Wähler erhalten?

Es sei anerkannt, daß die Gewerkschafts- und Komsomolorgane, die Massenorganisationen in der Wahlkampagne nicht die nötige Interessiertheit an den Tag gelegt haben. Wie vor dem wurde an den Wohnorten der Bürger nur eine unbedeutende Zahl von Kandidaten nominiert. Nicht überall wurde ein aktiver Dialog mit verschiedenen selbständigen Organisationen und Vereinigungen hergestellt. Einige Kommunisten wichen — gerade als ob sie Treffen mit den Menschen scheuten — „unbequemem“ Diskussionen aus und überließen das Feld der ideologischen Diskussion so freiwillig anderen.

In der Republik sind 75 807 Deputierte auf verschiedenen Ebenen des Sowjets gewählt worden. Es sind praktisch alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung der Republik vertreten: Arbeiter zu 37,9 Prozent, Kolchosbauern zu 7,9, Frauen zu 30,2, Komsomolmitglieder zu 16,1, Kommunisten zu 51,7 Prozent.

Den Bestand der Deputiertenkörperschaft analysierend, kann man nicht übersehen, daß die von oben durch verschiedene Personaldispositionen nicht reglementierte Freiheit der Kandidatenaufstellung und Wahl zu einer wesentlichen Kürzung der Zahl der Arbeiter, Kolchosbauern, Frauen und Komsomolmitgliedern im Vergleich zum Vorjahr geführt hat. Das bedeutet, daß die Arbeitskollektive und die Massenorganisationen selbst schwach gearbeitet, daß sie nicht aktiv genug für ihre Kandidaten gekämpft haben. In dieser Hinsicht müssen sich auch die Parteikomitees Gedanken machen.

Mancherorts ist die Wahlkampagne noch nicht abgeschlossen. Deshalb müssen einige örtliche Sowjets die Arbeit ohne den vollständigen Personalbestand beginnen.

Ich bin nicht zufällig so ausführlich auf die Ergebnisse der Wahlkampagne eingegangen. Daran müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden, und diese Lehren müssen im Laufe der bevorstehenden Wahlen in den Obersten Sowjet der Kasachischen SSR berücksichtigt werden.

Gegenwärtig finden überall die ersten Plenararbeiten der örtlichen Sowjets der verschiedenen Ebenen statt, auf denen ihre Präsidenten, Exekutivkomitees und ständigen Kommissionen formiert werden. Von der Qualität dieser Arbeit hängt in vielerlei die Qualität der Macht und der Leitung ab. Deshalb dürfen die Parteikomitees und Organisationen hier nicht absichtslos stehen. Aber es muß unter Berücksichtigung der neuen Funktionen der Partei in der Gesellschaft gehandelt werden, d. h. nicht mit Weisungs- und Kommandomethoden, sondern mit politischen, organisatorischen und Erziehungsmethoden. Wir müssen mit den Menschen arbeiten lernen, indem wir die Parteigruppen in den Sowjets einbeziehen und uns auf die zu Deputierten gewählten Kommunisten stützen.

Genossen! Eine Besonderheit des gegenwärtigen Moments ist die, daß wir in das Stadium der Bildung eines qualitativ neuen Obersten Sowjets der Kasachischen SSR getreten sind. Mit dem Abschluß dieser Etappe wird bei uns ein einheitliches, erneuertes System der Volksmacht auf allen Ebenen wirken.

Die in der Praxis zu erprobende Wahlgesetzgebung und die gesamte politische Atmosphäre geben die Möglichkeit, real die Normen zu verwirklichen, die auch früher offiziell proklamiert wurden, in der Tat aber häufig nur Deklarationen blieben. Das Wahlsystem selbst garantiert jetzt die

breite Heranziehung von Millionen an den aktiven politischen Prozeß, erlaubt es, ein solches Deputiertenkorps zu formieren, daß die Interessen des Volkes unter den Bedingungen der Umgestaltung würdig und wirksam verteidigt und einen wahren Kampf gegen Konservatismus und Bürokratismus vor Ort beginnen wird.

Eine prinzipielle Neuheit der gegenwärtigen Wahlkampagne ist bekanntlich die, daß die Wahl des vierten Teils der Volksdeputierten der Republik von den Massenorganisationen erfolgt. Das hat während der Diskussion des Gesetzentwurfes über die Wahlen heftige Meinungsäußerungen hervorgerufen, die Debatten zu dieser Frage wurden auf der Tagung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR geführt. Die Deputierten der höchsten Parteikongresse der Staatsmacht stimmten für die von der Regierung vorgeschlagene Ordnung der Vertreterschaft der Massenorganisationen im neuen Obersten Sowjet. Diese Frage wurde auch auf dem 2. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR behandelt, wo entschieden wurde, daß ein Teil der Volksdeputierten der Unionsrepubliken von den Massenorganisationen gewählt werden kann, sofern das in den Verfassungen dieser Republiken vorgesehen ist.

Aus diesem Grunde möchte ich nochmals unterstreichen, daß die Kandidaten von den Massenorganisationen durchaus nicht deshalb aufgestellt werden, weil jemand bestrebt ist, sie vom Wahlkampf in den Wahlkreisen zu befreien. Es wird dafür Sorge getragen, daß in den Obersten Sowjet wirklich die besten Vertreter der Intelligenz, Kommunisten, Komsomolzen und Aktivisten der Gewerkschaftsbewegung, kurzum — fortschrittliche Menschen unserer Zeit kommen. Wir halten es für notwendig, daß dieser Prozeß in allen Etappen offen und publik verläuft. Es ist zweckmäßig, die Listen der registrierten Kandidaten von den gesellschaftlichen Organisationen in der Republik und der örtlichen Presse zu veröffentlichen, damit sie vom ganzen Volk erörtert werden.

Die Wahlkampagne gewinnt an Tempo. Was für eine Position müssen jetzt die Parteioorganisationen einnehmen? Ich denke, da kann es keine zwei Meinungen geben. Natürlich eine offensive!

Mancher von den Radikalen könnte glauben, mich beim Wort genommen zu haben: „offensive Position?“ Wieder ein offensichtliches Diktat der Partei?

Nein, solch einer Fragestellung können wir nicht zustimmen. Ich sagte schon, daß die Partei den Stil und die Methoden ihrer Arbeit entschieden verändert und auf die ihr wesensfremden Funktionen verzichtet. Doch sie sagt sich nicht im geringsten Maße von ihrer Rolle als politische Avantgarde los. Gerade die Partei ist und bleibt auch in Zukunft der Garant der wahren Machtvollkommenheit der Sowjets, ein Organisator echter Demokratie.

Mit aller Bestimmtheit fand das in dem auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom 9. Dezember 1989 angenommenen Appell des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an die Partei und das Sowjetvolk seinen Niederschlag sowie in der vom XVII. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans gebilligten Plattform des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans zu den Wahlen der Volksdeputierten der Kasachischen SSR und der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten.

Der Sinn dieser Dokumente beruht auf dem tiefen Verständnis der neuen, konsolidierenden Rolle der Partei in der gegenwärtigen Etappe. Es macht ja niemand mehr verlegen, daß auch andere gesellschaftliche Organisationen zu den Wahlen mit eigenen Wahlprogrammen kommen werden und die Deputiertenkandidaten selbst ihre eigene Sicht des jeweiligen Problems vorbringen können.

Unter diesen Verhältnissen wird besonders stark die Notwendigkeit verspürt, die mannigfaltigen Meinungen und Belange der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten zu vereinen und ihnen im Zuge der Lösung konkreter Aufgaben der jetzigen Umgestaltungsetappe einen zielgerichteten Charakter zu verleihen. Deshalb erübrigt es sich, auf die besondere Aktualität der Parteidokumente hinzuweisen. Das ist heute der einzige Stützpunkt, mit dessen Hilfe man mit vereinten Kräften ein qualitativ neues Niveau der Volksmacht erlangen kann.

In der politischen Plattform des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans ist unterstrichen, daß der Mensch mit seinen Belangen und Erwartungen eine zentrale Stelle in der heute vor sich gehenden Wandlungen einnimmt. Die tagtägliche Arbeit der Parteioorganisationen wird vor allem auf die Verbesserung des Volkswohlstandes, auf die Erhöhung der sozialen Geborgenheit der Menschen und die Mehrung ihres geistigen und intellektuellen Potentials gerichtet.

Machtorganen und im Übergang unserer ganzen Republik und aller ihrer Regionen zu den Prinzipien der Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung.

Unsere Ökonomik hat noch nicht begonnen, auf neue Art zu arbeiten; die Menschen verspüren noch keine positiven Ergebnisse der Umgestaltung. Gerade deshalb ist es besonders wichtig, daß die Parteioorganisationen eine breite Aufklärungs-, Organisations- und Propagandatätigkeit entfalten. Das Volk muß unsere vorrangigen Aufgaben genau kennen und wissen, was wir erreichen wollen, wohn wir gehen. Nur auf solche Weise werden wir die Massen aus dem Zustand des passiven Zuschauens und des latenten Wartens auf Wandlungen wachrütteln und sie in vollem Maße in den Prozeß der Umgestaltungen einschalten.

Von der Tribüne des Kongresses der Volksdeputierten habe ich schon einmal an die Worte M. S. Gorbatschows erinnert, und ich möchte diese Worte nochmals wiederholen, die, wie mir scheint, den Schlüssel zum Verständnis des lebenswichtigen Problems von heute bilden. „Die Umgestaltung wird siegen“, sagte Michail Sergejewitsch, „wenn sie ökonomisch siegt.“ Hier geht es nicht um die sattem bekannten Kennziffern des ökonomischen Wachstums, mit denen wir in den letzten Jahrzehnten gut zu manipulieren gelernt haben, sondern um konkrete Sachen — um die Konsumgüter in der Verkaufsstelle, um die störungsfreie Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, um die Lösung des Wohnungsproblems, um die radikale Verbesserung des Gesundheitsschutzes usw. Das sind unsere vorrangigen Aufgaben. Und die Menschen sind berechtigt, schon heute zu erfahren, wann und in welchem Umfang, wie und für welche Mittel wir diese Aufgabe realisieren werden, und zwar nicht nur im Rahmen der ganzen Republik, sondern auch konkret im jeweiligen Gebiet, Rayon, in der jeweiligen Stadt und der entlegensten Siedlung.

Natürlich lebt der Mensch nicht von Brot allein. Ihn bewegen auch viele andere soziale und geistige Probleme. Auch hier ist es wichtig, die Hauptrichtungen zu wählen und sie dem Volk zu erläutern. Obigens braucht viele nicht erst erläutert zu werden. Alle sind z. B. über das Anwachsen der Kriminalität beunruhigt, und es ist unsere direkte Pflicht, den Menschen das Programm der Bekämpfung dieses Übels exakt darzulegen und es auch zu realisieren.

Oder nehmen wir die alte, schwer ausrottende Krankheit der Gesellschaft — die Vorherrschaft des Bürokratismus. Heute ist es allen klar, daß die Beseitigung dieses mächtigen Hindernisses der Umgestaltung nur durch die vom „oben“ eingeleiteten Maßnahmen eine praktisch unerfüllbare Aufgabe ist. Der Abbau des bürokratischen Kommandosystems kann nur unter aktiver Mitbeteiligung des Volkes erfolgen, das wegen der Machtlosigkeit der Sowjets vorläufig für keine realen Kräfte der Einwirkung auf den bürokratischen Apparat verfügt. Somit müssen die Parteioorgane größtmöglich die Kelme der wahren Volksherrschaft sowie das Bestreben der Menschen tagtäglich unterstützen, sich von der bürokratischen Unterdrückung zu befreien, in welcher Form sie sich auch immer offenbart.

Davon, daß der Bürokratismus viele Gesichter hat, haben wir hier schon mehrmals gesprochen. Bis jetzt gibt es aber immer noch Schlingen in den Einwohnernmeldedaten und Büros der Wohnungsverwaltungen bis jetzt vergeuden Tausende Werktätige zehntausende Arbeitsstunden, ganz zu schweigen, von den eigenen Nerven und irdendeine Beschleunigung zu bekommen, die niemand braucht. Wir haben mehrmals die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Spekulation, die Organisation der für Menschen bequemen Arbeitsweise der Handels- und Dienstleistungsbetriebe gelenkt. Warum aber ist gerade hier, in dieser einfachen aber konkreten Sache, die Rolle der Partei- und Staatsorgane sowie die Verantwortung der sie leitenden Menschen nicht zu spüren? Eine wesentliche Hilfe zur Mobilisierung der Volksmassen könnte auch die Arbeitskontrolle, die Komitees am Wohnort sowie die informellen gesellschaftlichen Organisationen leisten.

Ich möchte jetzt auf noch eine wichtigste Priorität unserer Partearbeit eingehen — nämlich auf die Vervollkommenung der zwischenmenschlichen Beziehungen. In dieser Hinsicht ist schon nicht wenig geleistet worden. Die Leitung des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans und der Republik steuert fest und konsequent den einzig richtigen Kurs auf die Gewährleistung der unverbrüchlichen Garantien der gleichen Rechte und Möglichkeiten ausnahmslos aller in Kasachstan lebenden Nationen und Völkern. Wir sind fest überzeugt, daß nur so die wahre Kultur und Harmonisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Republik entstehen können.

Es wäre wünschenswert, daß die zentralen, Republik- und die örtlichen Massenmedien die Dezemberereignisse völlig objektiv bewerten und sich verantwortungs-

losere Publikationen enthalten, die die Verbreitung nichtgeprüfter Gerüchte und das unnütze Schüren von Leidenschaften verursachen. In diesem Zusammenhang bewegt uns außerdem etwas anderes und zwar die bei weitem nicht positive und mitunter äußerst rigorose Haltung einiger Vertreter der Intelligenz und der Studenten, die das glimmende Feuer der zwischenmenschlichen Konflikte weiter entfachen. Ich glaube nicht, daß sie das beabsichtigen. Eher im Elfer der Polemik, im Bestreben, eigene Führungsambitionen zu befriedigen, versagt ihnen zuweilen das Gefühl für das rechte Maß. Kann das aber als Rechtfertigung dienen? Lassen sich etwa die persönlichen Ambitionen mit der schrecklichen Gefahr vergleichen, die möglicherweise verursacht wird durch den Funken eines unglücklich formulierten Satzes, einer unbegründeten, für die nationalen Gefühle des anderen Volkes kränkende Beschuldigung? Wir sind überzeugt, daß man den eigenen nationalen Gefühlen durch die Erniedrigung des anderen Volkes nicht Genüge tun darf. Daran muß man stets denken!

Vor dem Hintergrund der Zwitterheit und nationalen Abgrenztheit, die zu unserem größten Bedauern in einigen anderen Republiken und Regionen des Landes tiefe Wurzeln gefaßt haben, müssen wir die ruhige Atmosphäre, in der heute die Kasachstaner leben, besonders schätzen und wahren. Da gilt es, lieber Maß zu halten als es zu weit zu treiben. Es ist die Aufgabe der Parteikomitees, aller Kasachstaner, die geringsten Bekundungen des nationalen Extremismus sofort wahrzunehmen und rechtzeitig beläufige Versuche, die zwischenmenschlichen Beziehungen ins Schwanken zu bringen, zu unterbinden. Besonders müssen diejenigen Kommunisten zur Verantwortung gezogen werden, deren Handlungen die normalen Kontakte der verschiedenen Nationalitäten so oder anders behindern. Bei der Bewertung ihrer moralischen und politischen Haltung dürfen keine Kompromisse, um so weniger Prinzipienlosigkeit oder Vorschubleistung vorkommen.

Ich möchte nochmal unterstreichen, daß die Linie des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans in dieser Hinsicht unerbittlich ist und daß wir von dem eingeschlagenen Kurs nicht abzuweichen werden. Da diese Fragen engstens mit den Interessen der Bevölkerung der ganzen Republik zusammenhängen, müssen die Parteikomitees sie bei der Koordinierung ihres Handelns im Laufe der Wahlkampagne unbedingt unter ihre besondere Kontrolle nehmen.

Wir sind am aktiven Zusammenwirken mit allen Massenorganisationen und Arbeitskollektiven interessiert und werden nach wie vor im einheitlichen Block mit den parteilosen Massen agieren. Auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom 9. Dezember vorigen Jahres wurde erklärt, die KPdSU sei aufgeschlossen für einen breiten Dialog mit beliebigen gesellschaftlichen Kräften, die sich für die Erneuerung der Gesellschaft einsetzen, sie sei an deren Zusammenarbeit und Konsolidierung interessiert. Sie sei für ein konstruktives Herangehen an die Lösung aller Probleme, die sich in den verschiedenen Bereichen unseres Lebens angehäuft haben.

Vieles müssen für die Demokratisierung des Wahlprozesses die Gebiets-, Stadt- und Rayonpartei-Komitees, die Parteigrundorganisationen tun. Es gilt, mit der Überorganisiertheit entschieden Schluß zu machen, aufmerksam auf die Meinung und die Stimmungen der Menschen zu hören, argumentiert, überzeugend zu handeln. Die Erfahrungen der alternativen Nominierung von Kandidaten hat eindeutig bewiesen: Wenn die Parteioorganisationen aufrecht und offen handeln, werden sie von den Menschen unterstützt. Jedoch führen die Versuche, auf den Wahlprozeß Druck auszuüben, unvermeidlich zu schwerwiegenden Störungen.

Derzeit, wo die Wahlkampagne in ihre entscheidende Etappe getreten ist, gehört die Bildung des Deputiertenkorps zur Hauptfrage. Man kann schon jetzt behaupten, daß die Arbeits- und Studentenkollektive, die Massenorganisationen und Bürger am Wohnort hauptsächlich Kandidaten aktiver Verfechter der Umgestaltung aufstellen. Darunter sind Vertreter der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Intelligenz, der Veteranen und der Jugend, Menschen verschiedener Nationalitäten. Das bietet die Möglichkeit einer überaus breiten und demokratischen Wahl.

Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß man es nicht nur mit Erscheinungen positiver Charaktere zu tun haben kann. Durchaus real ist das Auftreten destruktiver Kräfte in der politischen Arena. Es kann auch zu Gruppenegoismus, zu unverhohlenen Karrierismus und politischen Spekulationen mit den objektiven Schwierigkeiten derjenigen kommen, die selbst nichts für den Erfolg der Umgestaltung getan haben.

Unter diesen Verhältnissen wird die Effektivität der Wahl-

kampagne durch den Inhalt, die Gründlichkeit und die Aktivität der ideologischen Tätigkeit der Parteioorganisationen bestimmt. Das muß nicht nur eine Deutung gewisser Losungen, Aufrufe oder die Unterstützung der jeweiligen Kandidaten, sondern eine ernste, sachliche Argumentierung und das Vermögen sein, heftige Diskussionen zu führen und verschiedene Meinungen gegenüberzustellen. Da tut die Mobilisierung unseres ganzen Agitations- und Propagandapentials not.

Einen gewichtigen Beitrag zur allgemeinen Sache haben die Massenmedien zu leisten. Es ist wichtig, daß auf den Seiten der Republik- und örtlichen Presseorgane, in Fernseh- und Rundfunksendungen der Puls des Lebens selbst schlägt, und der Verlauf der Wahlkampagne weitgehend beleuchtet wird. Die Fernsehjournalisten müssen die Direktübertragungen kühner für die Treffen mit Deputiertenkandidaten und für deren Antworten die Fragen der Fernsehzuschauer nutzen. Es ist notwendig, daß die Wähler so gut wie möglich diejenigen kennenlernen, für die sie ihre Stimmen abgeben werden.

Und noch ein Moment, auf das ich eingehen möchte. Es ist notwendig, die Wahlkampagne in engem Zusammenhang mit der Vorbereitung des XXVIII. Parteitags der KPdSU und des XVII. Parteitags der Kommunistischen Partei Kasachstans zu erbären. Bekanntlich findet Ende dieses Monats ein Plenum des ZK der KPdSU statt, auf dem vorgesehen wird, die mit der Durchführung des XXVIII. Parteitags verbundenen Fragen zu erbären. Zu dieser Zeit wird ein Entwurf der politischen Plattform des ZK der KPdSU über den Verlauf der Umgestaltung und Aufgaben der Partei vorbereitet werden, der es ermöglichen wird, eine breite Diskussion über die wichtigsten Fragen des Partelebens zu entfalten. Es ist wichtig, daß die offene Erörterung dieses Dokuments zum Zusammenschluß der Kommunisten auf einer einheitlichen Position beiträgt, der den Forderungen der gegenwärtigen Umgestaltungsetappe entspricht.

Genossen! Heute steht uns bevor die Frage der Aufstellung der Volksdeputiertenkandidaten der Republik von der Kommunistischen Partei Kasachstans zu erbären.

Am 19. Oktober des vorigen Jahres wendete sich die Kommission für Wahlen und die Abberufung der Volksdeputierten der Kasachischen SSR von der Kommunistischen Partei Kasachstans über die Presse an die Parteioorganisationen, die Mitglieder und Kandidaten der KPdSU mit einer Bitte, Vorschläge für Deputiertenkandidaten von der Partei einzubringen.

Die Kommission hat die Ordnung der Einbringung dieser Vorschläge ins ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans festgelegt. Es wurde beschlossen, daß die Vorschläge für an der Basis arbeitenden Kommunisten in den Grundparteiorganisationen und danach in den höheren Parteiorganen erörtert werden.

Es wurde auch festgelegt, daß die Vorschläge für Kandidaturen der in der Republik bekannten politischen, staatlichen und gesellschaftlichen Funktionäre, der hervorragenden Vertreter der Arbeiterklasse, der Kolchosbauern, der Wissenschaft und Kultur, die in anderen Gebieten arbeiten oder leben, unmittelbar an das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans gerichtet werden können.

Somit wurde jedem Kommunisten eine reale Möglichkeit gegeben, an der Nominierung der Deputiertenkandidaten von der Kommunistischen Partei Kasachstans teilzunehmen. Von dem demokratischen Charakter der stattgefundenen Erörterung zeugen folgende Daten. An der Aufstellung der Deputiertenkandidaten von den an der Basis arbeitenden Kommunisten beteiligten sich 4 277 Grundparteiorganisationen. Von ihnen wurden 2 464 Kandidaturen erörtert. Bei der danachfolgenden Erörterung unterstützten die Stadt- und Rayonpartei-Komitees 421 Mann. Weiterhin wurde auf den Plenararbeiten und erweiterten Sitzungen des Büros des Gebietspartei-Komitees beschlossen, dem ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans 63 Kandidaturen vorzustellen.

An uns wandten sich mit ihren Vorschlägen zur Aufstellung der Volksdeputiertenkandidaten der Kasachischen SSR von der Partei auch der Republikrat der Kriegs- und Arbeitsveteranen, das Deutsche Kulturzentrum und die Kasachische Republikabteilung des Kinderfonds „W. I. Lenin“.

Außerdem wurden einige Kandidaturen unmittelbar vom Büro des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans vorgeschlagen. Unter Berücksichtigung aller Vorschläge wurde somit eine Liste mit 73 Mann aufgestellt. Diese Liste liegt Ihnen vor.

Nach aufmerksamer Behandlung aller aufgestellten Kandidaturen auf einer Bürositzung des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans halten wir es für zweckmäßig, zu empfehlen, für die Endliste 26 Kommunisten zur Aufstellung zu empfehlen. Die Namen und die Personalien dieser

Genossen liegen Ihnen ebenfalls vor. Unserer Ansicht nach wäre das die optimalste Zahl von Kandidaturen.

Wovon ging das Büro des ZK dabei aus?

Vor allem stützte es sich auf die Meinung der Grundparteiorganisationen. Das Büro ging davon aus, daß all diese Menschen sich von der besten Seite im Laufe einiger Jahre und besonders in den Jahren der Umgestaltung gezeigt haben. Die Mehrheit der aufgestellten Kandidaten sind Mitglieder gewählter Parteioorgane.

Ich möchte Sie darauf verweisen, daß in der vorgelegten Liste es nicht wenig Kommunisten gibt, die in der Republik gut bekannt sind. Das sind: W. A. Kusmenko — Mitglied des Büros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans und Melkerin im Rassezuchtbetrieb „Kamenskij“; J. B. Serkebaiew — Volkskünstler der UdSSR und Solist am Opern- und Ballettheater „Abal“; S. W. Droschshin — Oberwalzwerker aus dem Blechwalzwerk Nr. 2 des Karagander Hüttenkombinats; A. S. Kulenow — Generaldirektor der Produktionsvereinigung „Kaspolmetall“ und Direktor des Unt-Kamenogorsker Blei- und Zinkkombinats „W. I. Lenin“; H. K. Belger — Schriftsteller und andere Genossen.

Unter den Empfohlenen sind der zwelfache Held der Sozialistischen Arbeit N. N. Golowazki, der Held der Sowjetunion S. K. Nurmagametow, der Held der Sozialistischen Arbeit A. P. Jerjomlin, Staatspreisträger der UdSSR und der Kasachischen SSR, Menschen, die für ihre Arbeit mehrmals mit Staatsauszeichnungen gewürdigt wurden.

Die Gebietspartei-Komitees unterbreiteten ausführliche Beurteilungen der empfohlenen Genossen, in denen die Meinung zum Ausdruck gebracht worden ist, daß sie alle über die erforderlichen politischen, geschäftlichen und staatsbürgerlichen Qualitäten verfügen um die hohen Pflichten der Volksdeputierten der Kasachischen SSR erfolgreich zu erfüllen.

Bei der Erörterung der Kandidaturen wurde berücksichtigt, daß in den Vorschlägen von der Basis der Vorschlag den aktivsten und angesehensten Vertretern der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gegeben wurde.

In der Regel werden in den von den Gebietspartei-Komitees unterbreiteten Materialien Menschen unterschiedlicher Nationalitäten vorgeschlagen. Unserer Ansicht nach ist das ein gewichtiger Faktor, der unsere multinationale Parteiorganisation charakterisiert und in dieser Liste seine Widerspiegelung gefunden hat.

Werden im Laufe der Erörterung der vorgeschlagenen Kandidaturen bei jemandem Fragen entstehen, so werden diese hier anwesenden Ersten Sekretäre der Gebietspartei-Komitees und unmittelbar die vom Büro empfohlenen Genossen selbst beantworten, die wir auf das Plenum eingeladen haben.

Es sei noch auf folgendes Moment verwiesen. Unsere Vorschläge hinsichtlich der 26 Kandidaturen bedeuten keinesfalls, daß die Teilnahme an der Wahlkampagne der in die erste erweiterte Liste aufgenommenen Kommunisten damit abgeschlossen sei. Wir nehmen an, daß die Arbeitskollektive diese würdigen Genossen als Deputiertenkandidaten von den Wahlkreisen aufstellen dürfen.

Genossen! Gemäß der von der Wahlkommission festgelegten Ordnung sind beim ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans unmittelbar von den Parteioorganisationen Hunderte Telegramme, Briefe und Auszüge aus Beschlüssen von Versammlungen mit Vorschlägen eingetroffen, die Mitglieder des Büros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans als Volksdeputiertenkandidaten aufzustellen. Wir danken herzlich für das uns erwiesene Vertrauen und bewerten es als eine hohe Einschätzung unserer Arbeit. Doch angesichts der bestehenden politischen Situation gelangte das Büro des ZK der Kommunistischen Partei der Republik zum Entschluß, daß ausnahmslos alle Sekretäre des ZK, Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrats der Republik in den territorialen Wahlkreisen kandidieren müssen, wo wir ebenfalls als Volksdeputiertenkandidaten aufgestellt worden sind.

Jetzt müssen wir eine Vereinbarung über die Durchführung eines Plenums des ZK über die Wahlen der Volksdeputierten der Kasachischen SSR von der Kommunistischen Partei Kasachstans treffen. Ihnen wird der Vorschlag zur Erörterung unterbreitet, ihm am 16. März 1990 durchzuführen. Zur Teilnahme an der Abstimmung wird vorgeschlagen, die Mitglieder und Kandidaten des ZK, die Mitglieder der Revisionskommission der Kommunistischen Partei Kasachstans sowie die Ersten und Zweiten Sekretäre der Gebietspartei-Komitees, die Leiter von Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen der Republik sowie Vertreter der Streitkräfte, die nicht dem ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans angehören, einzuladen.

Das wären die Erwägungen, die ich Ihnen mitteilen wollte.



# PANORAMA

## POLEN

### Abbau der Streitkräfte fortgesetzt

Polen setzt in diesem Jahr die Reduzierung seiner Streitkräfte fort. Verteidigungsminister Florian Siwicki kündigte dieser Tage im Fernsehen an, weitere 10 000 Mann würden demobilisiert, 57 Einheiten aufgelöst und 70 umstrukturiert. Damit habe Polen Ende des Jahres noch etwa 300 000 Mann unter Waffen. Im Herbst werde der Grundwehrdienst von 24 auf 18 Monate verkürzt. Neben der Verringerung der Personalstärke würden weitere 450 Panzer, 200 Geschütze und 100 gepanzerte Transportfahrzeuge aus dem Bestand genommen. Der Etat werde unter anderem durch die weitere Einschränkung von Waffenkäufen um

fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr gekürzt. Die vor Jahresfrist bekanntgegebenen Abrüstungsschritte seien vollständig realisiert worden. Der Haushalt habe ein in der Nachkriegsgeschichte nicht gekanntes niedriges Niveau erreicht und sei um mehr als 16 Prozent gegenüber 1988 gesenkt worden. Nach Angaben des Ministers würden die polnischen Streitkräfte im vorigen Jahr um 33 000 Soldaten, 400 Panzer, 700 Geschütze, 600 gepanzerte Fahrzeuge und etwa 80 Flugzeuge reduziert, 30 Militärobjekte für zivile Zwecke zur Verfügung gestellt.

## CHINA

### Bedingungen für ausländische Investoren werden verbessert

China wird die Bedingungen für ausländische Investoren weiter verbessern. Wie der stellvertretende Außenhandelsminister Shen Juren in einem jüngst veröffentlichten Zeitungsinterview informierte, werde sich die Regierung unter anderem um die gesicherte Bereitstellung von Rohstoffen und Fonds für vom Ausland finanzierte Betriebe bemühen.

Ihre Chinakontakte unterbrochen und laufende Vereinbarungen teilweise storniert.

Insgesamt genehmigte China nach Angaben des Außenhandelsministeriums bis November vorigen Jahres rund 21 200 Joint Ventures mit einer ausländischen Kapitalsumme von 33,3 Milliarden Dollar. 1989 wurden 5900 gemischte Betriebe mit einer ausländischen Investitionssumme von 5,5 Milliarden Dollar vertraglich gebunden.

Wie die chinesische Presse schreibt, bleibt die Höhe der tatsächlichen Einlagen gewöhnlich erheblich hinter der vertraglich vereinbarten Summe zurück. Hauptanleger waren in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres die USA mit 460 Millionen Dollar, Japan mit 279,5 Millionen Dollar sowie Hongkong. Zu den wichtigsten gemeinsamen Unternehmen von 1989 gehören eine chinesisch-amerikanische Gesellschaft zur Ausbeutung von Naturgas in der Südprowinz Hainan, eine Vereinbarung mit der BRD über die Wartung von Flugzeugen in Peking und eine chinesisch-japanische Zementfabrik in Dalian in der Nordostprovinz Liaoning.

## MONGOLEI

### Bald wieder Lama-Tänze in Ulan-Bator

Knapp die Hälfte der Bewohner Ulan-Bators wohnt in Jurten und einfachen Hütten, ohne Wasserleitung und Kanalisation. Da deren Zahl auf lange Zeit nur geringfügig abnehmen wird — die Wohnungsbauer können mit dem Hochzeits- und Babyboom nicht Schritt halten — haben sich mongolische Architekten und Künstler Gedanken über verbesserte Lebensbedingungen in diesen Vierteln gemacht. Im Museum für bildende Kunst zeigen sie Modelle mit Jurten und Hütten sowie Anwesen für die individuelle Viehhaltung, wo die jetzt noch unansehnlichen Bretterzäune von Mauerwerk und Toren mit mongolischer Ornamentik, die staubigen Wege von gepflasterten Straßen abgelöst werden. Wasserleitungen sollen den zweimal wöchentlich anrollenden Tankwagen überflüssig machen. Auch der Bau einer Kanalisation wird erheblichen Zuwachs an Hygiene bringen.

Die Modernisierung soll zunächst in den Jurtenvierteln beginnen, die das jährlich von Tausenden ausländischen Touristen besuchte Gandan-Kloster umgeben. Eine etwa zwei Kilometer lange Fußgängerzone wird künftig das Kloster mit dem Suche-Bator-Platz im Zentrum verbinden. Diese „Zukunftsmusik“ klingt

besonders gut: Man will die Promenade mit Cafés, Gaststätten, Werkstätten für Handwerker sowie Dienstleistungsbetrieben säumen. Am Kloster selbst stellen sich die Architekten ein Oval vor, auf dem die Lamas wieder zu buddhistischen Feiertagen ihre Tsam-Tänze aufführen. Den stark befahrenen „Ich Trolg“, den großen Ring, soll die erste Fußgängerbrücke des Landes überqueren. Nicht alle Ideen der Architekten und Künstler müssen auf ihre Verwirklichung bis nach der Jahrtausendwende warten. Bereits 1991 sollen an der Hauptverkehrsstraße Flachbauten mit Geschäften entstehen. An einem die Stadt durchquerenden Bächlein, kann mit wenig Aufwand eine Erholungszone für die beiden Seiten in Internaten wohnenden Studenten geschaffen werden. Baufreiheit für einen Hof mit Gästeturten gibt es auch rings um das zweistöckige Gebäude mit dem Tempeldach beim Zirkus. Dort, wo einst das erste Gelehrtenkomitee der Volksmacht untergebracht war, etabliert sich jetzt ein Theatermuseum. Die Teilrekonstruktion des Klosters Amgalan und die Verschönerung seiner Umgebung scheinen ebenfalls in nicht allzu ferner Zeit möglich.



### Rache für Wahlniederlage

Obwohl die Mitte Dezember gewählte Lissabonner Stadtverwaltung noch nicht einmal die Amtsgeschäfte übernommen hat, sieht sie sich bereits einem akuten Problem gegenüber: Der dringenden notwendigen Instandsetzung des Straßennetzes. Seit Anfang November hat es in Portugal fast jeden Tag geregnet. Dabei fielen viermal mehr Niederschläge als normalerweise um diese Jahreszeit. Sie führten dazu, daß sich allenthalben auf Gehwegen, Fahrbahnen und namentlich an Kreuzungen große, tiefe Löcher aufbauten. Manche Straßen im Stadtgebiet bestehen nur noch aus „Buracos“ (Löchern), es muß Schritttempo gefahren werden. Die Unfallgefahr hat zugenommen.

Unter normalen Umständen wären Reparaturkolonnen längst unterwegs, um die Krater zu stopfen. Doch Parteipolitik, so wie sie in Portugal allzu häufig praktiziert wird, hat alles durchgängig verzerrt. Zur Kontaktaufnahme wegen Straßereparaturen mit den entsprechenden Firmen sind nämlich lediglich der Oberbürgermeister und der zuständige Stadtrat berechtigt.

Der Oberbürgermeister Nuno Krus Abecasis, prominentes Mitglied des konservativen Demokratisch-Sozialen Zentrums (CDS), hatte nach neunjähriger Amtszeit nicht wieder kandidiert, und Stadtrat Magalhaes Pacheco, Sozialdemokratisches Partei (PSD) des Premier Anibal Cavaco Silva, nahm nach der Wahl erst einmal Urlaub. Die Vergabe von Reparaturaufträgen ließ auf sich warten.

Die Presse zweifelt nicht daran, daß der Wahlsieg der Linkskoalition „Por Lisboa“ — bestehend aus Sozialisten, Kommunisten, „Grünen“ und Linksdemokraten — die Ursache für die destruktive Haltung rechter „Stadtväter“ ist. Für sie bestand kein Anlaß, der politischen Konkurrenz den Anfang zu erleichtern.

Auf der Strecke bleibt der Bürger, egal, ob als Fußgänger oder Autofahrer. Denn selbst wenn die neue Verwaltung nach der Feststellung des amtlichen Endergebnisses durch die Wahlkommission die Geschäfte übernehmen kann, dürfte noch einige Zeit vergehen, bis die Reparaturverträge unter Dach und Fach sind und das benötigte Material eintrifft.

„Wir wollen ja keine Preußen sein...“ Ausstellung würdigt Antifaschismus des „Vaters der Luxemburger Karikatur“

„Maer wolle jo keng Preise sin.“ Schleuderte Albert Simon im Frühjahr 1939 auf einer blässigen Karikatur der Nazi-Propaganda entgegen, die mit der Behauptung von angeblich 275 000 in Luxemburg lebenden Deutschen die Einverleibung des Großherzogtums in das Dritte Reich ideologisch vorzubereiten suchte. Daß dieses in der heimtätlichen letzbezüglichen Sprache vorgebrachte „Wir wollen ja keine Preußen sein.“ Auf weit mehr als bloßem Nationalstolz beruhte, verdeutlicht eine bemerkenswerte Ausstellung, die den konsequenten Antifaschismus des wohl bedeutendsten Luxemburger Karikaturisten würdigt.

Im „Stiffchen“, der kleinen Klausur des Stadttheaters von Esch Sur Alzette, werden 25 Faksimiles von Titelseiten des „Escher Tageblatt“ aus der Zeitspanne April bis September 1939 gezeigt, auf denen Simons Zeichenstift den sich jenseits der Mosel immer bedrohlicher gebärdenden Faschismus mit belächelndem Spott aufs Korn nimmt. Da sind der Zahnarztpatient, der sich aus Furcht vor dem KZ schon nicht mehr getraut, seinen Mund zu öffnen, oder der längst in die Zwangsjacke gesteckt, etwat verführte Nazi-Wähler.

Da zieht tiefeswarz die Nazi-Gewitterwolke herauf und droht mit eisigem Sturm die als schon arg lädiertes Wäschestück gezeichnete Luxemburger Neutralität zu zerfetzen, eine Vision, die sich schon Monate später auf tragische Weise bestätigen sollte. Die propagandistischen Rechtfertigungsversuche für die immer ungeliebter vortragenden Gebietsansprüche Großdeutschlands zieht Simon mit der skurrilen „Forderung“ nach einem luxemburgischen Korridor bis zum Hafen von Antwerpen ins lächerliche. Tragisch muß für den überzeugten Gewerkschafter und Sozialisten, der auch gegen blinde Antikommunisten satirisch zu Felde zog, das Zeichen jener Verbrüderungsszene zwischen Hitler und Stalin gewesen sein, die im „Tageblatt“ nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes erschienen.

Das Jahr 1939, in dem zugleich der 100. Jahrestag der luxemburgischen Unabhängigkeit begangen wurde, bildete den Höhepunkt langjähriger Wirkens Albert Simons gegen den Faschismus. Während der Nazi-Okkupation seines Heimatlandes wurde er wegen seiner „deutschfeindlichen“ Arbeiten gleich zweimal zum Tode verurteilt — glücklicherweise in Abwesenheit.

Der „Vater der Luxemburger

In El Salvador dauern die Kämpfe zwischen den Truppen der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ und den Regierungstruppen an. Die Kampfhandlungen werden praktisch auf dem ganzen Territorium des Landes geführt. Schätzungsweise sind in ihrem Verlauf Dutzende Menschen umgekommen. Im nördlichen Stadtteil von San Salvador beschädigten die Kämpfer der Nationalen Befreiungsfront zwei Kampfhubschrauber der salvadorianischen Luftstreitkräfte. Die meisten Regionen des Landes bleiben ohne Elektrizität.

Das Bistum San Salvador verbreitete eine Erklärung, in der es die salvadorianische Armee grober Verletzungen der Menschenrechte anklagte, die sofort nach Beginn des umfassenden Angriffs der Rebellen grausame Repressalien gegen die Gewerkschaften und religiösen Organisationen des Landes entfesselte.

Unser Bild: Soldaten der Regierungstruppen von El Salvador bei der Durchsichtigung des Hauses eines Bauern, der im Verdacht der Beziehungen mit den Kämpfern der Nationalen Befreiungsfront steht. Foto: TASS

### Wenn es ans Herz geht...

Drei finnische Unternehmen machen derzeit auf dem halbprivaten Markt für By-Pass-Operationen in jeder Hinsicht einen guten Schnitt. In diesem Jahr werden sie für mehr als 200 Herzoperationen über sechs Millionen Finnmark kassieren. „Angestellte“ sind Chirurgen und Krankenschwestern der Unikliniken in Tampere, Kuopio und Oulu, die wochentags ihrer normalen Arbeit nachgehen. Wenn Samstags die meisten Op-Säle leerstehen, treten sie ihren eintäglichen „Zweitjob“ an. Dabei verdienen sie dreimal mehr, als sonst an öffentlichen Krankenhäusern für Überstunden an Wochenenden gezahlt wird. Eine Op-Schwester, die bei diesen

„Samstagsoperationen“ assistiert, geht mit einem Stundenlohn von ungemein rund 140 Mark nach Hause.

Nicht ohne Grund konnten die drei Aktiengesellschaften auf den neuen „Markt“ vorstoßen: Die Schlange der Patienten, die auf eine By-Pass-Operation in einem öffentlichen Krankenhaus warten, wird immer länger. Hier ist selbst das vorbildlich entwickelte finnische Gesundheitswesen gegenüber überfordert. Seit Jahrzehnten registriert man dort eine im Vergleich zu anderen europäischen Ländern hohe Zahl von Herz-Kreislauferkrankungen, vor allem bei Männern im mittleren Alter.

### Zur möglichen Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Truppen in Europa

Die Polemik um die Frage nach möglichen Maßstäben der Reduzierung der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa, die gegenüber in den Vereinigten Staaten von Amerika geführt wird, ist sehr beachtenswert. Wie bekannt, ist Präsident George Bush mit der Initiative aufgetreten, im Ergebnis von Verhandlungen den Personalbestand der amerikanischen und der sowjetischen Streitkräfte, die jeweils in West- und in Osteuropa stationiert sind, bis auf 275 000 Mann zu reduzieren. Doch diese Initiative ist wohl schon hinter den Ereignissen zurückgeblieben, weil sie noch vor dem Zeitpunkt unterbreitet wurde, da auf dem Kontinent eine erhebliche Veränderung der politischen Situation eintrat, die offensichtlich eine Revision der gesamten Militärstrategie erfordert.

Eben deshalb ist völlig klar, warum eine Reihe von Kongreßmitgliedern, darunter auch der Vorsitzende des Senatsausschusses des USA-Kongresses für die Streitkräfte, Sam Nunn, und das Mitglied dieses Ausschusses Carl Levin, die Frage nach einer weitgehenden Reduzierung des amerikanischen Truppenkontingents in Europa stellen. Schon im Ergebnis der ersten Etappe der Wiener Verhandlungen kann dieses Kontingent voraussichtlich um ein Drittel, das heißt auf 200 000 Mann, verringert werden. Mit diesem Schritt könnten zusätzliche Mittel aus dem Militärbudget herausgenommen werden, das wegen seiner immensen Größe von den meisten USA-Kongreßmitgliedern scharf kritisiert wird. Werden jetzt doch 60 Prozent des amerikanischen 300-Milliarden-Haushaltes für die Vorbereitung auf einen eventuellen Krieg in Europa bereitgestellt.

Es sei darauf verwiesen, daß die Idee einer weitgehenden Reduzierung des Personalbestandes der Streitkräfte der USA und der UdSSR der Position der Sowjetunion und der anderen Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages vollkommen entspricht. Ich möchte daran erinnern, daß die UdSSR schon im ersten Halbjahr 1989 den Vorschlag unterbreitete, bei den Wiener Verhandlungen das gleiche Niveau für den Personalbestand der Landtruppen und der taktischen Frontfliegerkräfte von je 1,35 Millionen Mann in Europa zu vereinbaren. Nach Annahme dieses Vorschlages würden die Organisation des Warschauer Vertrages und die NATO die Zahl ihrer Militärangehörigen auf dem Kontinent jeweils um mehr als eine Million verringern. Dieser Vorschlag reflektiert das

prinzipielle Wesen unserer Philosophie im Herangehen an die Probleme der Gewährleistung der Stabilität und der Sicherheit bei einem Mindestniveau der Streitkräfte. Die Realisierung dieses Vorschlages neben den Vorschlägen, die Hauptarten der Offensivwaffen zu reduzieren, würde den Übergang zu einer solchen Struktur und einem solchen Bestand der Streitkräfte ermöglichen, die den Prinzipien der Hinlänglichkeit der Verteidigung entsprechen und zu der Gewährleistung berechtigen, daß sich die Seiten von den Militärdoktrinen leiten lassen, die keinen offensiven Charakter haben.

Bei der Erörterung der Frage der Reduzierung der sowjetischen und der amerikanischen Truppen in Ost- und Westeuropa darf nicht der „doppelte Standard“ übersehen werden, der in der Position des nordatlantischen Blocks zu der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO auf dem Kontinent beibehalten wird. In den Wiener Verhandlungen besteht der Westen nach wie vor darauf, daß nur die Truppen der UdSSR und der USA, die sich außerhalb ihrer nationalen Territorien befinden, einer Reduzierung unterzogen werden. Die sozialistischen Länder sind zwar nicht dagegen, doch schlagen sie zugleich vor, die auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Kanadas, die 160 000 Mann zählen, zu verringern. Aber eine positive Antwort auf diesen Vorschlag bleibt bisher aus.

Und zum Schluß noch etwas. Während der dritten Sondertagung der UNO-Vollversammlung, die der Abrüstung gewidmet war, hat die Sowjetunion vorgeschlagen, daß die Mitgliedsländer dieser Organisation dem UNO-Generalsekretär Angaben über ihre militärische Präsenz im Ausland und über die fremde militärische Präsenz auf ihren eigenen Territorien machen. Die UdSSR ist davon überzeugt, daß solche Informationen ein Beitrag zur Behauptung hoher Standards der Offenheit des militärischen Bereichs in der UNO, zur Festigung des Vertrauens und zur Erweiterung der objektiven Informationen über das Militärpotential der Weltgemeinschaft wäre. In unserem Land hofft man auch darauf, daß dieser Schritt einer konstruktiven Erörterung des stufenweisen Abbaus der fremden militärischen Präsenz für deren vollständige Liquidierung wäre.

Wladimir TSCHERNYSCHOW, TASS-Kommentator



Republik Südafrika, im rassistisch beeinflussten Bewußtsein der weißen Bevölkerung des Landes vollziehen sich Änderungen. Davon zeugen die jüngsten Meldungen der südafrikanischen Zeitungen und Zeitschriften.

So brachte die in der Republik Südafrika bekannte Zeitung „The Star“ ein Bild, dessen Veröffentlichung noch vor kurzem einfach unmöglich gewesen wäre. Dar auf ist ein kleines afrikanisches Mädchen abgebildet, das sich auf dem Schoße einer weißen Frau bequem eingerichtet hat. Carol Marx, Mutter von vier Kindern, übernahm, nachdem die Mutter der Kleinen unerwartet gestorben war, die Sorge um das Mädchen.

Bild aus der finnischen Zeitung „Juv“: Hinter dem Zaun eines Kindergartens in Soweto geht es immer noch wie früher her. Nach Meinung der Rassistin muß die farbige Bevölkerung des Landes von der frühesten Kindheit an ihren Platz wissen. Doch wird sich die Situation in absehbarer Zukunft dennoch ändern. Foto: TASS

sich im Bewußtsein eines bedeutenden Teils der weißen Gemeinschaft vollziehen. Die Versuche der Verfechter der ausgesprochenen Apartheid, die Keime des neuen Rassenbewußtseins auf jede Weise zu ersticken, lösen bei den weißen Bürgern der Republik Empörung aus. So war es z. B. in Boksburg, wo die Konservativen am Ruder sind: Als die Behörden Dutzenden Inder-Familien mit Aussiedlung drohten, erhoben ihre weißen Nachbarn Protest und äußerten Bereitschaft, ihnen Obdach zu gewähren.

### „Spock über Spock“

Dr. Benjamin Spock weiß nicht, wie oft ihn in seinem Leben schon Polizeibeamte abführten, die von ihren Müttern nach den Hinweisen seines Buches „Baby- und Kinderpflege“ großgezogen worden sind. Die 1946 erstmals veröffentlichte Abhandlung des amerikanischen Kinderarztes gilt in den USA noch immer als pädiatrisches Standardwerk und wurde übersetzt in 26 Sprachen. Bei jungen Eltern als Ratgeber, favorisiert ist auch sein Buch „Was sagt Dr. Spock?“, wenn es Sorgen mit den Sprößlingen gibt.

Der 86-jährige, der sich ebenso als engagierter Friedenskämpfer einen Namen machte, hat jetzt seine Memoiren verfaßt. „Er ist noch immer ungeheuer agil. Ben schreibt an einem neuen Buch, überarbeitet „Baby- und Kinderpflege“ für eine weitere Neuauflage, produziert sein erstes Video in Sachen Kinderfürsorge, schreibt einen Dokumentarfilm über sein Leben ab und hält überall im Lande Vorträge. Natürlich ist er weiter aktiv in der Friedensbewegung, was — wie er immer betont — untrennbar mit seiner beruflichen Tätigkeit verbunden ist.“ So stimmt seine zweite Frau, Mary Morgen, den Leser von „Spock über Spock“ im Vorwort ein.

Erzählt wird die Lebensgeschichte eines wohlstabilen jungen Mannes aus konservativem New Haven Elternhaus (Bundesstaat Connecticut), der nach dem Studium in New York arbeitete und dort vor allem Kenntnisse auf dem Gebiet der Kinderpsychologie sammelte. Schließlich wurde er sogar in solchen Fragen Berater der Gesundheitsbehörde der Millionenstadt. Nach dem Dienst bei der Marine im zweiten Weltkrieg tat Spock etwas, was er selbst als natürlichen logischen Schritt bezeichnet: Er trat aktiv für einen Atomteststopp ein, um Kinder vor radioaktiver Strahlung zu bewahren. 1962 wurde er Ko-Vorsitzender des Komitees für eine gesunde Nuklearpolitik (SANE) — die

Er habe bei Protestkundgebungen immer wieder ein beklommendes Gefühl festgenommen zu werden, bekannt — Benjamin Spock in seiner Biographie. Aber wenn es gegen nukleare Rüstung, gegen Obdachlosigkeit oder Rassendiskriminierung geht, wisse er, daß es das in jedem Falle wert ist. Bei Kundgebungen vor dem Washingtoner Capitol ist der große wachsende weihaarige Mann im dunklen Anzug niemals zu übersehen. Und es bleibt auch nicht ohne Eindruck, wenn er in Handschellen abgeführt wird.

### Grab von Karl Marx in würdigem Zustand

Das Grab von Karl Marx auf dem Londoner Highgate-Friedhof mit der wichtigen schwarzen Büste auf rotem Marmorsockel befindet sich in einem würdigen, gepflegten Zustand. Die Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde des Highgate-Friedhofs, Frau Jean Pateman, sagte gegenüber Journalisten, die Grabstätte, in der auch weitere Familienmitglieder ruhen, bedürfe keiner Restauration. „Was wir benötigen, ist Geld für den ganzen Highgate-Friedhof“, erklärte Frau Pateman.

Der 150 Jahre alte Friedhof war vor etwa zehn Jahren vom früheren Eigentümer, einer vor dem Bankrott stehenden Konzerngruppe, die sich aufwendiger Instandhaltungs- und Pflegearbeiten für über 50 000 Gräber entledigen wollte, für eine nominelle Summe von 50 Pfund verkauft worden. Große Teile der Anlage, auf der englische Persönlichkeiten wie der Philosoph Herbert Spencer, der Physiker Michael Faraday, der Maler Edwin Henry Landseer und die Frau von Charles Dickens beerdigt sind, waren verfallen und von Unkraut überwuchert.

Verdienst der Mitglieder der Gesellschaft der Freunde des Highgate-Friedhofs ist es, der Anlage unter Nutzung von Spenden, darunter aus der DDR, in mühevoller Freizeitarbeit zum Teil wieder ein würdiges Aussehen gegeben zu haben. Oberdies gehört es zur Tradition der in Großbritannien tätigen DDR-Bürger, die Gesellschaft durch regelmäßige Pflege des Marx-Grabes zu unterstützen. Alljährlich versammeln sich am 5. Mai, dem Todestag von Marx, an dessen Ruhestätte Botschafter der sozialistischen Länder mit Vertretern der demokratischen Öffentlichkeit des Landes zu einer Ehrung.

Das Grab ist wiederholt von Neofaschisten geschändet worden. Anfang der 70er Jahre wurde es durch einen Sprengstoffanschlag schwer beschädigt.

Wie Frau Jean Pateman, äußerte sich der Geschäftsträger u.a. der DDR in Großbritannien, Siegfried Reichel, verwundert über die inzwischen auch in der britischen Presse richtiggestellte Falschmeldung über den Zustand des Marx-Grabes. „Um die würdige Erhaltung der letzten Ruhestätte von Karl Marx sind seit Jahrzehnten viele Demokraten, Kommunisten und Nichtkommunisten bemüht“, sagte der DDR-Diplomat.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Freundschaft



Unversiegbarer Born der Volkskunst

Nationale Eigentümlichkeit bewahren

Über 100 000 Sowjetdeutsche sind im Gebiet Zellinograd zu Hause, wo sie teilweise kompakt in deutschen Dörfern leben. Bis vor kurzem wußten aber die Vertreter anderer Völker von ihnen recht wenig. Und das nicht nur außerhalb der Republik, sondern auch in Kasachstan selbst, was zweifellos darauf zurückzuführen ist, daß das einst weitgehend gesprochene „Labor der Völkerfreundschaft“ in seiner Tätigkeit der Lösung der vordringlichen Aufgaben der zwischenationalen Beziehungen fernblieb. Die deutschen Latenkunstkollektive, die nun nach dem langen Schweigen allerorts ins Leben gerufen werden, versuchen, diese Lücken nach Kräften auszufüllen.

Das eigentümliche Schaffen des Ensembles „Klingental“ ist im Gebiet Zellinograd weit und breit bekannt. Dieses Kollektiv hat das Gebiet Zellinograd lang und breit durchquert. Mit gleicher Herzlichkeit wird es von Industriearbeitern und Feldbauern, von Viehzüchtern und Studenten aufgenommen. Und das ist ja auch verständlich: Sie haben die Liebe zu den Volksliedern, Schnörkeln und Tänzen von ihren Vorfahren geerbt, nun haben sie sich zu einem Ensemble zusammengeschlossen, um diese herzenswarm der Öffentlichkeit zu bieten. Auf seine Gastspielreisen und

Konzerte bereitet sich „Klingental“ stets ernsthaft vor. Die Ensemblemitglieder sind der Ansicht, daß jede Zusammenkunft mit den Zuschauern eine schwierige und verantwortungsvolle Prüfung sei. Daher wird ständig sehr viel geübt, obwohl alle Latenkünstler berufstätig sind. Die Ensemblemitglieder sind nach wie vor bestrebt, jene Eigentümlichkeit zu erhalten, die sie im Laufe von mehreren Jahren erworben haben, denn sie vergessen nicht, daß die Zukunft eines künstlerischen Kollektivs vor allem von seiner Verbundenheit mit dem Volk abhängt.

Robert KORN, Korrespondent der „Freundschaft“ Unsere Bilder: Das deutsche Folklorensemble „Klingental“. Fotos: Jürgen Osterle, Alexander Woronjko



Zweites Festival geistlicher Musik in Moskau beendet

Das 2. Festival orthodoxer Kirchenmusik ist vergangene Woche in Moskau zu Ende gegangen. Rund 40 Kollektive, darunter die Chöre der Verlagsabteilung des Moskauer Patriarchats, des Sergius-Dreifaltigkeits-Mönchsklosters und des Moskauer geistlichen Seminars, führten auf besten Bühnen der Hauptstadt sakrale Musik aus den vergangenen fünf Jahrhunderten auf. Wie der Organisator und Direktor des Festivals, Georgi Poljatschenko, in einem TASS-Gespräch sagte, war das Ziel dieser Aktion, das ganze Sinnen und Trachten der orthodoxen Welt zu vereinen, um den Kräften des Chaos und der Zerstörung zu widerstehen. „Aber wir sind gar nicht darauf aus, uns nur auf die

Rechtsgläubigkeit zu beschränken. Die geistliche Musik ist gerade das Gebiet, das zur Vereinigung der schöpferischen Kräfte der ganzen Menschheit beitragen kann.“ Obwohl das Festival kein Wettbewerb war, wurden die von der Zeitschrift „Musykalnaja Shishn“ gestifteten Sonderpreise vergeben. Sie gingen an den Leiter des Männerchors altertümlicher und byzantinischer Gesänge „Domestic Stephan“, Dragoslav Pavel und an den Chor des Sergius-Dreifaltigkeits-Klosters (UdSSR).

Umgestaltungen

Bereits im 27. Jahrgang erscheint das DSF JOURNAL, die Zeitschrift der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Berlin West. Da es ein bewegtes Vierteljahrhundert gewesen ist, mußte nicht erst betont werden. Als die Zeitschrift gegründet wurde, war gerade die Berliner Mauer errichtet worden. Als Freunde vermochten damals nur wenige Westberliner, die Sowjetmensch zu erkennen. Wie die Freundschaftsgesellschaft insgesamt mußte auch das DSF JOURNAL gegen vielfältige Behinderungen ankämpfen. Nur wenige namhafte Westberliner fanden sich in jenen Jahren bereit, für das Journal zu schreiben. Die Ende der sechziger Jahre einsetzende Entspannungspolitik brachte hier die ersten Veränderungen. Verschiedene neue Autoren konnten gewonnen werden. Ein wirklicher Einschnitt in der Entwicklung des DSF JOURNALs und der Freundschaftsgesellschaft beginnt sich jedoch erst heute, mit der revolutionären

Umgestaltung in der Sowjetunion abzuzeichnen. Solange in der Sowjetunion nur geringe Offenheit herrschte, konnten das Journal und die Freundschaftsgesellschaft kaum mehr Glaston beweisen. Aber auch heute tut sich manches in der Freundschaftsgesellschaft noch schwer, begreifen viele Glaston und Demokratisterei eher als Risiko denn als Chance. Trotzdem sind Veränderungen im DSF JOURNAL unübersehbar. Heute wird offener als früher über Entwicklungsprobleme und Fehlentwicklungen in der Sowjetunion berichtet. Dabei kommt es dem DSF JOURNAL aber nicht darauf an, anderen Zeitungen in „Entlarvungen“ nachzueifern, sondern will es den Leserinnen und Lesern verständlich machen, wo die Ursachen für Fehler und Mängel liegen und welche Wege zu ihrer Überwindung in der Sowjetunion diskutiert werden. Und es greift auch Themen auf, die in der Vergangenheit mit einem Tabu belegt

Kommen Sie morgen...

oder Die Bürokraten lassen nicht locker

Auf dem ersten Kongreß der Volksdeputierten wurde beschlossen, vom ersten Oktober dieses Jahres an die Mindestrente auf 70 Rubel zu erhöhen. Natürlich ist das kein Geldhaufen, aber immerhin. Jedenfalls kein Vergleich zu den 28 Rubel, die so manches Mütterchen bis jetzt bezog. Um diese Aktion durchzuführen, hat unsere Regierung zusätzliche Mittel ausfindig gemacht. Der Beschluß hat bestimmt viele Rentner erfreut. Leider aber nicht alle... Warum? Weil er nicht alle bejahrten Menschen mitzählt.

Der erste Brief zu diesem Thema traf in der Redaktion schon im Oktober ein. Er stammte von Linda Strebels aus dem Dorf Letowotschnoje, Gebiet Kokschetaw. „Ich bin 68 Jahre alt. Von 1942 bis 1945 befand ich mich in der Arbeitsarmee, wo ich einen Arm verlor. Danach konnte ich nicht mehr arbeiten und wurde „abgebucht“. Ich fuhr in ein Dorf des Gebiets Kokschetaw, wo meine Bekannten wohnten. Zwanzig Jahre lang arbeitete ich als Hirtin. Infolge eines Unfalls brach ich mir das Bein. Seitdem bin ich invalide III. Gruppe und bekomme 30 Rubel Unfallsrente. Jetzt hat man die Mindestrente auf 70 Rubel festgesetzt. Ich wandte mich an das Sozialfürsorgeamt, aber dort hat man mir die Erhöhung meiner Rente abgesagt. Ist das etwa gerecht?“ fragte sie in ihrem Brief. Ich setzte mich mit dem Sozialfürsorgeamt der Stadt Alma-Ata um eine Erklärung in Verbindung. Ich bin nämlich der Meinung, daß man für 30 Rubel nicht leben kann, und war überzeugt, daß ich diese meine Überzeugung bestätigen konnte, und daß die Antwort mich und vor allem Frau Strebels befriedigen wird. Wie groß aber war meine Verwunderung, als man mir antwortete: „Das stimmt, man hat dieser Frau mit Recht abgesagt, denn der Beschluß über die Erhöhung der Mindestrente trifft auf die Invaliden nicht zu.“ Wieso denn? Es stellte sich heraus, daß die Unfallsrente erst in zwei Jahren erhöht werden soll. Bedeutet das etwa, daß die Invaliden sich in einer besseren materialen Lage befinden als die übrigen Rentner? dachte ich. Man schlug mir aber doch einen Ausweg vor: Frau Strebels solle sich von der Unfallsrente lossagen, dann kann sie ein Ruhegehalt bekommen. Die Gesamtgröße ihrer Berufstätigkeit soll aber wenigstens fünf Jahre ausmachen, drei Jahre davon ununterbrochen. Und noch ein Moment: In dem Jahr, in dem sie berentet wurde, mußte sie unbedingt arbeitstätig gewesen sein. Wenn sie eine kinderreiche Mutter wäre... Im weiteren versuchte man mir, alle Details der bürokratischen Klauseln zu erläutern, die ein normaler Mensch nur schwer begreifen kann. Na, dachte ich, dieser bejahrten Frau wird es dann wahrscheinlich noch schwerer gehen.

Wie der Brief von Linda Strebels ein Einzelfall wäre, es ja auch nicht so schlimm. Aber nach einigen Tagen traf eine Beschwerde ähnlichen Inhalts ein. Später rief man mich in der Redaktion an: „In unserem Haus wohnt eine alte alleinlebende Frau. Sie bekommt nur 30 Rubel Rente. Sie verstehen doch...“ Natürlich verstand ich alles. „Viel leicht können Sie ihr helfen“, bat man mich. Ich notierte die Adresse von Berta Edenhäuser (so ist ihr Name) und besuchte sie nach einigen Tagen in ihrer Einzimmerwohnung. Sie berichtete mir ausführlich über ihr schweres Leben: wie sie 1937 aus der Ukraine ausgesiedelt, dann 1941 aus der Umgebung Moskaus in 24 Stunden ausgewiesen wurde.

Kann man also zufrieden sein? Nein, die Fortschritt sind nur sehr bescheiden. Noch nie gab es so vielfältige Kontakte zwischen Berlin West und der Sowjetunion wie heute. Zwischen dem Bezirk Spandau und Riga beginnt sich eine Städtepartnerschaft zu entwickeln, zwischen dem Bezirk Schöneberg und Minsk bestehen freundschaftliche Beziehungen, der Landsbezirk Berlin des Deutschen Gewerkschaftsbunds, die Evangelische Jugend, die Sozialistische Jugend Deutschlands — die Falken, die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und viele andere Organisationen pflegen immer intensivere partnerschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion. Westberliner Künstler haben freundschaftliche Kontakte nach Minsk und Tallinn entwickelt, sowjetische Wissenschaftler kommen immer häufiger nach Berlin West, die Zahl der Theatergastspiele, Filmpräsentationen und Ausstellungen ist sprunghaft nach oben gegangen.

An verschiedenen dieser Aktivitäten ist die Freundschaftsgesellschaft in der einen oder anderen Form beteiligt. Doch die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder und Leser bleibt vorerst bescheiden und entspricht nicht im entferntesten den Möglichkeiten. Auf ihrer Jahresmitgliederversammlung 1988 wurde deshalb mit großer Mehrheit beschlossen, wieder in die Bezirke zu gehen und dort Grundorganisationen aufzubauen. Der neugewählte Vorstand ist politisch breiter zusammengesetzt.

(Aus der Zeitschrift „Kultur und Leben“)

riellen Lage des sozial am meisten ungeschützten Teils der Bevölkerung unserer Republik vom 1. November vorigen Jahres an verabschiedet. Ist diese „Erhöhung“ um 76 Kopeken bei Frau Edenhäuser vielleicht gerade die Folge des genannten Beschlusses? Ich glaube, kaum. In der „Pravda“ vom 6. Dezember vorigen Jahres kommentiert der Minister für Sozialfürsorge der Kasachischen SSR Abdrachimowa diesen Beschluß, wo sie die Gruppen von Menschen aufzählt, die dieses Dokument betrifft. Der Minister nennt auch die Zahl derjenigen, die eine Hinterbliebenenrente bekommen. Sie belaufen sich auf 200 000 in unserer Republik. Berta Edenhäuser ist eine von ihnen. Im Beschluß ist das Datum der Rentenerhöhung genannt — vom 1. November an. Es sind aber schon zwei Monate verlossen, doch alles bleibt beim alten. Um diese Frage zu klären, begab ich mich ins Sozialfürsorgeamt des Alataubezirks, wo Berta Edenhäuser angemeldet ist. Da „erwartete“ mich der verbreitetste Trick der Bürokraten von heute. An dem an der Tür hängenden Schild stand: „Sprechstunde montags und mittwochs“. (Und es war gerade Dienstag). Als ich die Tür öffnete und eine Frau sah, hörte ich: „Wieviel Male soll ich noch hierher kommen?“ verstand ich sofort, was hier los ist. Auch mir antwortete man ohne auf mich zu blicken: „Kommen Sie, bitte, morgen“. (Und diese Form der Zurückweisung bringt so manche in Verlegenheit.) Jetzt wies sie einem nicht mehr mit groben Worten die Tür, wie sie es früher tat. In dieser Situation „retete“ mich nur der Redaktionsausweis. Man versichert mir: „Ja, wir arbeiten schon daran, seit Januar wird die Hinterbliebenenrente 60 Rubel ausmachen.“ Ich freute mich aber zu früh. Man machte mich mit der Verordnung Nr. 368 bekannt, die aus dem Ministerium für Sozialfürsorge stammte. Dieses Dokument enthält einen Nachtrag, unterzeichnet vom Stellvertretenden Minister dieses Ministeriums Kosymjanow. Im Kommentar von Genossin Abdrachimowa geht die Rede darüber nicht. Es lautet im Nachtrag, daß die Erhöhung nur diejenigen betrifft, die keine Kinder oder andere Verwandten haben, von denen sie unterhalten werden können. Damit wird eine solide Schicht von Menschen aus der Liste gestrichen. Das Letztere ist, so glaube ich, der stärkste Trick der Bürokraten, nämlich die verschiedenen Nachträge, Instruktionen und Vorschriften, die jedes gute Unternehmen zunichte machen können. Die Bürokraten lassen also nicht locker. Müssen wir uns aber damit abfinden? Ich glaube, keinesfalls!

Alexander HAAS, Korrespondent der „Freundschaft“

Alma-Ata

P. S.: Während das Material zum Druck vorbereitet wurde, traf in der Redaktion folgende Antwort aus dem Exekutivkomitee des Bezirks Kellorowka, Gebiet Kokschetaw, ein: „Am 27. November vorigen Jahres wurde Lydia Strebels der medizinischen Kommission (WTE) vorgeführt. Nach der Untersuchung wurde ihr die zweite Invalidengruppe zugesprochen.“

Lauf Gesetz der UdSSR vom 1. August 1989 wird sie 70 Rubel Unfallsrente bekommen.

Vorsitzender des Exekutivkomitees: A. Wiselski“

Es ist bestimmt eine erfreuliche Antwort sowohl für mich als auch für Frau Strebels. Müßte man aber diese Frau unbedingt dazu zwingen, sich in ihrer Rentengelegenheit an die Redaktion zu wenden? Ich glaube, daß die Behörden ihre Pflichten ohne jegliche Einmischung von außen erfüllen müssen.

Programmorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

Im heutigen Dienstagsprogramm erwartet Sie zunächst ein Treffen mit einigen Werktätigen vom Lande. Sie verbleiben einige Minuten auf Einladung unserer Nordkasachstaner Reporterin Erna Minz in der 2. Abteilung des Sowchos „XXV. Parteitag der KPdSU“. Danach empfehlen wir Ihrer Aufmerksamkeit eine Unterhaltung zum Schulthema. Darin bieten wir Ihnen einen Einblick in den heutigen Alltag der Schulen in der DDR. Über die Aufgaben der Lehrer in der Zeit der stürmischen Demokratisierung in diesem Land spricht mit unserem Korrespondenten die Lehrerin aus Berlin Tamara Schmettinger.

Die fällige Jugendsendung steht auf unserer Programmliste für Mittwoch. Durch diese begleiten Sie diesmal einige Studenten und Schüler; wir wünschen den Autoren Erfolg und Ihnen, werte Hörer, viel Spaß!

Es gibt unter unseren Hörern sicherlich viele, die für Poesie schwärmen. Sie möchten wir auf die Literaturausgabe am Donnerstag hinweisen. Darin hören sie eine Auswahl neuer Gedichte des Dichters Alexander Schmidt in der Nachdichtung von Nora Pfeffer. Wir bieten Ihnen in dieser Sendung auch neue Schöpfungen von Rosa Pflug in Miniprosa. Wie die Schriftstellerin die Umwelt, die Menschen, ihren Alltag sieht, davon wird darin die Rede

sein. Es gehört mit zu ihrem Wesen.

Am vorigen Freitag sprachen bei uns einige BRD-Bürger über ihre Eindrücke nach drei Tagen Aufenthalt im Gebiet Pawlodar. Sicherlich tragen solche Treffen zur Gestaltung besserer Beziehungen zwischen den Völkern bei und helfen die Grenzen zwischen den beiden Weltsystemen überwinden. Die Lehrerin aus dem Dorf Rosowka meint dazu: „Wenn man die politische Seite nimmt, so war es sehr gut, daß man es erlaubt hat; das war Politik im Leben. Wir sagen doch immer, Politik wird von einfachen Menschen getrieben. Wirklich — es waren drei Tage Fest in unserem kleinen Dorf! So meine es nicht nur ich, das sagten auch die Eltern am Abschlußabend. Sie bedanken sich bei den Kindern aus der BRD und sagten, jeder habe zu Hause drei Tage Fest gehabt.“ Ziemlich aufgeschlossen wie Sie sehen, vermittelte Sophie Wagner ihnen, werde Hörer, ihre Eindrücke über diesen Besuch am Freitag.

Alle, die Musik gern haben, heißen wir am Samstag um 16.00 Uhr auf unserer Welle willkommen.

Saure Likjorowa

Chefredakteur i. V. Jakob GERNER

Aus unserer Post

Hier lernt man Deutsch

In der Mittelschule des Tschapajew-Kolchos, Gebiet Kokschetaw, unterrichtet man schon über 30 Jahre Deutsch als Muttersprache. Für eine Siedlung, wo die meisten Einwohner Deutsche sind, ist das eigentlich eine normale Erscheinung. Aber das war bestimmt nicht immer so. Die Lehrerin Helma Pech mußte zu ihrer Zeit dafür alle Kräfte aufbieten. Sie sprach mit den Eltern, um sie von der Notwendigkeit des Muttersprachunterrichts zu überzeugen. Sie mußte auch selbst Lehrbücher und -mittel herbeschaffen. Mehrere Jahre unterrichtete sie allein.

Die gegenwärtige Lehrerin an dieser Mittelschule Helene Sikorskaja ist eine ehemalige Schülerin von Helma Pech. Nach der Absolvierung der pädagogischen Hochschule in Kokschetaw kehrte sie in ihre Schule zurück. Helma Pech ist mit ihrer ehemaligen Schülerin zufrieden.

„Ich möchte, daß jeder Deutsche seine Muttersprache möglichst gut kennt“, sagt Helene Sikorskaja. Sie behauptet, daß dies keine leichte Sache sei, weil die jüngere Generation ihre Sprache schon fast nicht mehr beherrscht, die deutsche Kultur aber allmählich ab, die Sitten und Bräuche werden vergessen. Trotzdem bemüht sie sich, bei den Deutschen das nationale Bewußtsein zu erwecken.

Mit dem Unterricht der deutschen Muttersprache beginnt man hier schon im Kindergarten und setzt ihn dann von der ersten Klasse an in der Schule fort. Leider sind die Kinder nicht selten verstimmt, weil sie wegen des Muttersprachunterrichts wöchentlich vier bis fünf Stunden zusätzlich haben müssen. Der Stundenplan ist nämlich so aufgestellt. Die Belohnung für gutes Lernen kommt aber erst später. Die Schülerin Ira Ratz kennt ihre Muttersprache am besten. Olga Driehel hat in diesem Jahr den zweiten Platz auf der Republikolympiade im Fach Muttersprache und Literatur belegt.

In dieser Mittelschule sind für den Muttersprachunterricht heute zugehörte gute Bedingungen geschaffen worden. Es sind da ein modernes Sprachkabinett, Lehr- und Anschauungsmittel, Wörterbücher u.a.m. vorhanden. Die Rayonabteilung Volksbildung widmet dem Deutschunterricht besondere Aufmerksamkeit, was sehr erfreulich ist. Trotzdem gibt es Schwierigkeiten mit der Versorgung der Schule mit technischen Hilfsmitteln.

„Auch die Eltern müssen den Kindern beim Erlernen ihrer Muttersprache behilflich sein“, meint Helene Sikorskaja. Ein Beispiel dafür sind ihre Mütter, die mit den Enkeln zu Hause nur deutsch sprechen. Um bei den Kindern das Interesse für den Muttersprachunterricht zu steigern, bemühen sich die Lehrer dieser Schule, die Kinder möglichst gut mit der Geschichte der Sowjetdeutschen und ihres Dorfes bekannt zu machen.

Eugen KÜCHLER, Gebiet Kokschetaw

Briefpartner gesucht

Ich bin 40 Jahre alt, verheiratet und Lehrerin an einer Schule für lernbehinderte Kinder und Jugendliche. Ich lese viel, höre Musik und bin an Politik sehr interessiert. In der Schule habe ich Französisch und Englisch gelernt. Da wir gerne reisen, versuche ich zur Zeit, noch Italienisch zu lernen.

Mein Wohnort ist eine Gemeinde auf dem Lande mit ca. 10 000 Einwohnern, 25 km entfernt von der Universitätsstadt Heidelberg. Ich würde mich sehr freuen, wenn eine Frau in ungefähr meinem Alter Lust hätte, mit mir in Briefkontakt zu treten. Meine Anschrift: Barbara NECK, Mozartstr. 23, 6837 St. Leon-Rot, BRD

Unsere Anschrift: Kazachskaja SSSR, 480044, Alma-Ata, ul. M. Gorkogo, 50, 4. Etage

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69; 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84; 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilledektore — 33-45-46; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrekturen — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zellinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414. Ордена Трудового Красного Знамени типографии Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4. Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника. Объем 2 печатных листа. УГ 01010 Закаа 12297